

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Gemeinsamer Ausschuss für Stadtplanung  
und Bauordnung, Kulturausschuss und  
Kommunalausschuss  
am 12.01.2005  
plan12012005FunkkaserneDomagstraße

## TOP Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Funkkaserne

### Änderungsantrag

1. Das Planungsreferat wird beauftragt .... im Bestand fortzuführen und ca. 14.000 qm Geschossfläche für Künstlerinnen und Künstler **im Umgriff des künftigen Künstlerhofes** (allgemeine Wohngebiete und Gewerbegebiete) vorzusehen.
  2. Das Kommunalreferat.....zum Abschluss zu bringen.  
**Das marode Abwassersystem und eventuell notwendige Altlastensanierung müssen bei der Kaufpreisermittlung berücksichtigt werden.**
  3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **schnellstmöglich mit den Künstlerinnen und Künstlern ein Betreibermodell zu entwickeln. Mögliche Formen sind Genossenschaften oder eingetragene Vereine; die Erfahrungen der WOGENO und Wagnis sind zu nutzen. Das Planungsreferat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die MGS als Projektentwickler für die geplante Künstlerhoffläche beauftragt werden kann.**
- NEU 4. Um die Zwischennutzung der Künstlerinnen und Künstler und der Gewerbebetriebe bis 2007 zu sichern, wird die Verwaltung gebeten, im Benehmen mit der Bundesvermögensverwaltung Lösungen zur temporären Abwasserentsorgung zu finden. Dabei sollen neben dem Aufstellen von Hygienebehältern auch der Einsatz von Mikro-Filtrationsanlagen geprüft werden. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geprüft werden, ob das Abwassersystem

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München  
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München  
Tel.: 089- 23 39 26 27, Fax: 089- 23 32 45 99  
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de  
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN

**SPD**

**der „Künstlerkolonie“ nicht im Zuge der Sanierung der Kanäle des BGS im Vorgriff auf den Bebauungsplan mitsaniert werden kann. Die notwendigen Investitionskosten sind in die Kaufverhandlungen einzubeziehen (siehe Ziffer 2).**

**NEU 5. Der Stadtrat fordert die Staatsministerin für Kultur auf, angesichts der Untätigkeit der BIMA ihrer kulturpolitischen Verantwortung gerecht zu werden, und Sorge zu tragen, dass die BIMA an einer vorläufigen und an der schnellstmöglichen dauerhaften Sicherung der Künstlerhoffläche mitwirkt. Die Einnahmen der BIMA aus Nutzungsentschädigung sind für die vorläufige Sicherung der Entwässerung zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung prüft bei fortgesetzter Untätigkeit des Bundes, inwieweit rechtliche Mittel erfolgversprechend sind, den Bund an der Sanierung des Bereichs der Künstlerhoffläche zu beteiligen.**

6.-7. wie Ziffer 4 und 5 des Referentinnenantrag

gez.  
Constanze Lindner-Schädlich  
Stadträtin